

Ärzte fühlen Politikern auf den Zahn

REFORM Der Kulmbacher Facharztverein hat die Parteien nach ihren Vorstellungen zur Zukunft des Gesundheitssystems befragt. Vorsitzender Dr. Gernot Petzold vermisst bei den Antworten langfristig tragfähige Konzepte.

VON DAGMAR BESAND

Kulmbach – Wie wird unser Gesundheitssystem in Zukunft aussehen? Wie soll es finanziert werden? Haben die niedergelassenen Fachärzte darin noch Platz? Darüber wird nach der Bundestagswahl die Politik entscheiden. Der Kulmbacher Facharztverein hat deshalb alle Parteien angeschrieben und sie um Stellungnahmen zu diesen Fragen gebeten. CSU, CDU, SPD, Grüne, FDP, Die Linke und die Freien Wähler haben den Fragenkatalog erhalten. Die Antworten stellte der Vorstand des Facharztvereins gestern bei einem Pressegespräch in der „Kommunbräu“ vor.

Richtig zufrieden sind Vorsitzender Dr. Gernot Petzold und seine Kollegen mit den Ergebnissen nicht: „Keine Partei hat eine echte Grundsatzidee. Uns fehlt bei fast allen Antworten der Mut zu dringend nötigen Veränderungen und eine Perspektive für die nächsten zehn Jahre.“

Keine Wahlempfehlung

Eine Wahlempfehlung wollen die Fachärzte den Patienten nicht geben, sondern lediglich die Antworten zur Diskussion stellen. Und sie gehen in den kommenden Wochen und Monaten noch einen Schritt weiter: „Es wird keine öffentliche politische Versammlung geben, gleich von welcher Partei, bei der unser Facharztverein nicht vertreten

ist. Wir sind angetreten, um unsere Forderungen an die Politik zu richten und werden diese überall mit Nachdruck vertreten“, kündigte Dr. Petzold an.

„Der Facharztverein wird bis zur Wahl bei jeder politischen Veranstaltung vertreten sein.“

DR. GERNOT PETZOLD

„Sind Sie für die Beibehaltung der freiberuflichen fachärztlichen Versorgung, die auf den niedergelassenen fachärztlichen Praxen zur freien Wahl der Patienten beruht?“ wollten die Ärzte von den Vertretern der Parteien wissen. Während die CDU diese und alle weiteren Fragen unbeantwortet ließ – mit dem Hinweis darauf, dass es dazu „derzeit keine konsensfähige Aussage“ gebe, befragte die Schwesterpartei CSU die bisherige fachärztliche Versorgung und spricht sich gegen durch Kapitalgesellschaften geführte medizinische Versorgungszentren (MVZ) aus. Auch alle anderen Parteien möchten grundsätzlich das bestehende System, die

freie Arztwahl bei flächendeckender Versorgung und die Freiberuflichkeit der Ärzte erhalten. Nur Die Linke spricht sich für Polikliniken oder Versorgungszentren aus und hält Einzelpraxen für ein „Auslaufmodell“. Gleichzeitig fordert sie freie Arztwahl und Therapiefreiheit. Dr. Petzold reagierte auf diese Antwort mit Unverständnis, denn diese beiden Forderungen ließen sich nicht vereinbaren: „Die

Linke redet damit den Großkonzernen das Wort.“

Wie sollte ein neues System aussehen und finanziert werden?

Hier kamen von den Parteien keine neuen Ideen: SPD und Grüne wollen einen Umbau des Systems zur Bürgerversicherung, die CSU will die Finanzierung weiterhin durch Umlageverfahren, Steuer-

mittel und Selbstbeteiligungen bewerkstelligen, Die Linke das bisherige System beibehalten oder es durch eine „pauschale, zentralistisch gesteuerte Vergütung der Ärzte“ ersetzen. Die Grünen möchten die „verzahnte Versorgung mit Krankenhäusern und MVZ ausbauen“.

Das System grundlegend verändern will nur die FDP, die den Gesundheitsfonds abschaffen und eine Versicherungspflicht für eine Grundabsicherung einführen möchte. Die weitere Absicherung könne durch freie Tarifwahl erfolgen. Für eine Versicherungspflicht für alle bei freier Wahl zwischen privater und gesetzlicher Versicherung plädieren die Freien Wähler.

Wie steht die Politik zur Forderung der Ärzte nach einer Direktabrechnung zwischen Patient und Arzt? Dafür sind nur die FDP und die Freien Wähler, letztere unter der Maßgabe, dass Patienten keine Vorkasse leisten müssen.

Dr. Gernot Petzold präsentierte die Ergebnisse der Parteien-Umfrage.

Foto: Dagmar Besand